

Geschätzte Zurndorfer Bevölkerung!

Alles ist in Bewegung - auch unsere FPÖ-Zurndorf hat sich neu strukturiert. Bewegung bringt auch immer Veränderungen mit sich. Daher möchte ich Sie hiermit über eine personelle Veränderung in der FPÖ-Zurndorf informieren!

- o Roland Samek (GR und Obmann) hat seine Ämter zurückgelegt.
- o Das freigewordene Mandat im GR übernimmt Christoph Schicker.
- o Neuer Obmann der FPÖ-Zurndorf sowie Ersatzgemeinderat ist Johannes Meixner.



Der Gemeinderat setzt sich aktuell wie folgt zusammen: 14 SPÖ 5 ÖVP 3 IGZ 1 FPÖ. Damit hat die SPÖ eine absolute Mehrheit, was sich leider auch in den meisten Beschlüssen widerspiegelt.

Ein paar Gedanken aus dem Gemeinderat:

- Im Curial Leithafeld verzichtet die Mehrheit vom GR auf das Vorkaufsrecht der Gemeinde von neuen Bauplätzen zugunsten der OSG, welche wieder neue Wohnblöcke und Reihenhäuser errichten wird. Womit der Zuzug in Zurndorf unkontrolliert weiter geht. Besser wäre es, die Bauplätze für unsere jungen Zurndorfer und Zurndorfer Familien zu reservieren.
- Die Bauschuttdeponie wurde ebenfalls mit der Mehrheit im GR vorerst einmal für 5 Jahre stillgelegt, obwohl es bei der letzten amtlichen Kontrolle keine Beanstandungen gab. Einzige „Bemerkung“ war das wir einen ungenutzten Teil aus dem Deponieareal rausnehmen müssen. Ich befürchte das sich dadurch die illegalen Schuttablagerungen in unserer schönen Natur häufen werden.
- Das geplante Wasserstoffkraftwerk neben dem Friedrichshof, ist laut Auskunft vom Bürgermeister zurzeit kein Thema, vielleicht in einigen Jahren. Trotzdem sollten wir aufpassen, dass wir nicht durch einen Schnellschuss vom Land Burgenland, dieses Projekt vor unsere Haustür gestellt bekommen. Für mich wäre es ein „Muss“ die Bevölkerung vor einer Realisierung, zu informieren.
- Bei den Straßensanierungsprojekten stimmte die FPÖ dagegen. Nicht, weil sie nicht notwendig wären, sondern weil man der Gemeinde durch eine bessere Ausschreibung dieser Projekte viel Geld hätte ersparen können. Es wurden nur zwei Firmen (eine von hier und eine aus dem Bezirk Jennersdorf) zur Angebotslegung beauftragt. Es handelt sich um eine Bausumme von ca. € 170.000,-.
- Auch für den Unwetterschutz (Starkregenereignisse) sollte mit finanziellen Mitteln des Landes Burgenland einiges getan werden. Besonders wichtig wäre der Bereich Alte Straße und Untere Hauptstraße. In der Alten Straße müssten einige Zufahrtsbrücken erneuert und eventuell ein Wassersammelbecken auf der Ackerseite errichtet werden.
- Weiters möchte ich Sie zu unserem Sommerfest der FPÖ-Zurndorf am 15. September 2024 ab 11.00 Uhr am Grillplatz in Zurndorf recht herzlich einladen. Bei diesen Zusammenreffen werden sie sicher die Gelegenheit haben über Ihre Probleme und Anliegen mit uns zu Reden. Wir nehmen uns gerne Zeit für unsere Gemeindebürger!

Euer Obmann Johannes Meixner

Freiheitlicher GEMEINDEKURIER



Ausgabe 1 | 2024

www.fpoe-bgld.at | www.vfgb.at*Geschätzte Zurndorferinnen und Zurndorfer!*

Ich darf Sie als neuen Gemeinderat herzlich begrüßen!

Da die SPÖ bekanntlich die absolute Mehrheit im GR hat, ist es sehr schwierig, Anträge durchzubringen.

Beispiele dafür:

Die Senkung der Kanalgebühren

Ich habe dies bereits vor der GR-Wahl 2022 in einer Aussendung anklingen lassen, da die Kredite für den Kanal vor Kurzem zur Gänze getilgt wurden. Bis dahin wurden die Gebühren für die Rückzahlung der Kredite und für die Deckung der laufenden Kosten (Kläranlage, Instandhaltung des Kanalnetzes, Bildung von Rücklagen usw.) verwendet. Darüber hinaus wäre es möglich, die Grundsteuer zu senken, um die Haushalte finanziell zu entlasten.

Am 14.12.2023 wurde im Gemeinderat ein Antrag zur Senkung der Kanalgebühren gestellt.

Dieser Antrag wurde zunächst einstimmig vertagt, da noch einige Fragen zu klären waren, wie zum Beispiel die möglichen Sanierungskosten, die noch zu erwartenden Kosten für die Kläranlage und dergleichen.

Bei der nächsten Sitzung am 28.03.2024 musste aufgrund einer Verwaltungsänderung über genau dieser Punkte eine neue Verordnung beschlossen werden. In dieser Verordnung wurden sämtliche Gebühren unverändert übernommen.

Ungeachtet des bestehenden Antrages auf Senkung der Kanalgebühren wurde dieser Antrag dann mit 14 (SPÖ) zu 9 (FPÖ, ÖVP, IGZ) Stimmen beschlossen.

Aufgrund der aktuellen Wirtschaftssituation und der hohen Inflation wäre es endlich an der Zeit, den Zurndorferinnen und Zurndorfern eine finanzielle Entlastung zukommen zu lassen. Manchen scheint es wichtiger zu sein, ein neues Gemeindeamt zu bauen, als der Bevölkerung etwas zuzugestehen.

Auch weitere Anträge im Gemeinderat wie zum Beispiel der Antrag über einen Essensgeldzuschuss der Gemeinde für das Mittagessen in Schule und Kindergarten wurde einfach abgelehnt, mit der Begründung, dass es ohnehin eine Förderung vom Land Burgenland gibt.

Das sind nur zwei Beispiele um aufzuzeigen, wie schwierig es ist, bei der aktuellen Situation Anträge durchzubringen.

Ich werde mich dennoch mit voller Kraft im Gemeinderat für die Zurndorfer Bevölkerung einsetzen.

Euer GR Christoph Schicker

Herbert Kickl: Geradlinig an der Seite

Am 29. September wählt Österreich einen neuen Nationalrat. Die FPÖ führt seit langem die aktuelle schwarz-grüne Regierung ist seit langem im Keller. Was

Es geht bei der Wahl um eine zentrale Frage: Soll, so wie in den letzten Jahren, Politik gegen die eigene Bevölkerung gemacht werden, oder schaffen wir die Wende hin zu einer Politik für die Menschen in unserem Land? Wer den Regierungsparteien oder der Scheinopposition seine Stimme gibt, der wählt ein „Weiter so“ bei der Teuerung, dem Asylchaos, der Ausländergewalt, dem Neutralitätsverrat und der Einschränkung von Grund- und Freiheitsrechten. Wer ein selbstbewusstes Österreich, Freiheit, Sicherheit, Souveränität und Neutralität sicherstellen will, der muss die FPÖ unterstützen.

➤ Sie haben den Begriff „Volkskanzler“ geprägt. Was können sich die Menschen darunter vorstellen?

Das Wort symbolisiert jenen Zustand, der eigentlich selbstverständlich sein sollte: Zuerst kommt das Volk, dann kommt der Kanzler. Die Aufgabe eines Volkskanzlers ist es, in erster Linie dem Souverän zu dienen und nicht dem politischen System – von der EU über die WHO bis zu anderen supranationalen Organisationen. Die selbsternannten Eliten haben jedes Gespür für die Menschen verloren, das haben sie beim „Corona-Verbrechen“ gegen die Menschlichkeit“ gezeigt.

➤ Sie haben gerade das Stichwort Corona genannt. Ist das wirklich noch von Bedeutung für die Österreicher?

Es beschäftigt die Leute bis heute. Viele leiden nach wie vor unter all diesen überzogenen Maßnahmen, die ihren Höhepunkt in der Impfpflicht

erreicht haben. ÖVP-Ministerin Edtstadler hat Österreicher, die sich nicht impfen lassen, für Illegale erklärt. Ungeimpfte wurden wie Aussätzige behandelt und weggesperrt. Heute wissen wir aus den RKI-Protokollen, dass es nie eine Pandemie der Ungeimpften gab. Das alles gehört aufgearbeitet und aufgeklärt.

➤ Welche Themen sind aus Ihrer Sicht jene, bei denen es den größten Handlungsbedarf gibt?

Die größte Sorge bereitet den Menschen mit Sicherheit die Teuerung, gefolgt von Gesundheitsversorgung, Migration, Sicherheit und Altersvorsorge. In diesen Bereichen muss man sofort ansetzen. Schwarz-Grün hat auf dem Rücken kommender Generationen in fünf Jahren 106 Milliarden Euro neue Schulden angehäuft und das Staatsdefizit somit um ein Drittel erhöht.

➤ Immer dramatischer gestaltet sich die Lage in Wien. Messerstechereien und richtige Bandenkriege bestimmen die Berichterstattung. Ihr Rezept in diesem Bereich?

Durch hohe Sozialleistungen ist Wien ein echter Magnet für Asylforderer. Erst vor kurzem wurde der Fall bekannt, dass eine syrische Großfamilie mehr als 5.000 Euro pro Monat an Sozialleistungen bekommen hat. Das ist eine Diskriminierung unserer eigenen Bevölkerung. Denn hart arbeitende Menschen können sich mit ihren Familien aufgrund der extremen Teuerung und der hohen Steuerlast das tägliche Leben kaum mehr leisten. Für Einwanderer genügt das Zauberwort

„Asyl“, um dann monatlich tausende Euro an Steuergeld zu kassieren. Zugleich vergeht fast kein Tag mehr ohne Gewaltverbrechen durch Migranten und Asylforderer.

➤ Es mehren sich Berichte über kinderreiche ausländische Familien in Wien, die wirklich üppige Sozialleistungen beziehen, ohne jemals bei uns gearbeitet zu haben. SPÖ und ÖVP schieben sich gegenseitig die Schuld dafür zu. Wie schätzen Sie das ein?

Wenn sich SPÖ und ÖVP gegenseitig die Schuld für diese Versäumnisse geben, dann muss man leider sagen: Hier diskutieren zwei Blinde über Farben. Es waren genau diese beiden Parteien, die uns seit 2015 dieser „neuen Völkerwanderung“ ausgesetzt haben. Beide Parteien haben es nicht geschafft, die Länder zu einheitlichen Standards hinsichtlich der Mindestsicherung zu drängen. In Wien fließen Milch und Honig, in Niederösterreich, wo die FPÖ in Regierungsverantwortung ist, gibt es wesentlich weniger an Sozialleistungen. Unser Ziel ist eine Null-Zuwanderung, Sach- statt Geldleistungen und rigorose Abschiebungen.

➤ Seit über zwei Jahren tobt der Krieg in der Ukraine, der Konflikt zwischen Israel und der Hamas scheint ebenfalls länger zu dauern. Beide Kriegsschauplätze sind nicht weit entfernt von Österreich. Viele Menschen machen sich wohl berechtigte Sorgen, dass sich die Auseinandersetzungen ausweiten könnten. Kann Österreich hier etwas tun, um die Lage zu befrieden?



der Menschen!

über einem Jahr die Umfragen an. Die Zustimmung erwarten Sie sich von der Nationalratswahl?

Direkt sicher nicht, aber Österreich hat als immerwährend neutrales Land die Chance, aktiv für Frieden zu werben. Schwarz-Grün tritt die Neutralität in ihrer EU-Hörigkeit mit Füßen, man denke nur an den Beitritt zum NATO-Projekt Sky Shield. Stattdessen hat sie unser Land in ein Sanktionsregime hineinmanövriert, das bei uns großen Schaden anrichtet. Durch das Verfeuern von russischem Gas wurde Energie verknapp und dadurch die Rekord-Teuerung befeuert. Nicht nur für Geringverdiener, auch für den Mittelstand ist das Leben nahezu unleistbar. Ein Ausstieg aus den Russland-Sanktionen ist geboten. Schutzschirm für Österreich ist unsere Neutralität.

➤ Kommen wir noch zum Tag nach der Wahl. Da sorgte jüngst ein Papier für Wirbel. So soll die ÖVP bereits eine Dreier-Koalition mit SPÖ und Neos fixiert haben. Ihr Kommentar dazu?

Über die Köpfe der Wähler hinweg packeln ÖVP, SPÖ und Neos offenbar schon vor dem Wahltag aus, was danach passieren soll. Nehammer und Babler feiern sich vor den Wahlen schon als Sieger und verteilen die Regierungsposten wie die Zuckerltn. Das ist Demo-

kratie-Demontage zum eigenen Machterhalt! Diese geplante Koalition der Verlierer ist der Untergang für Österreich. Nehammer verkauft für den Kanzlersessel unser Land. Mit zwei linken Parteien bringt die ÖVP keine bürgerliche Politik zustande.

Nur mit der FPÖ wird es in unserem Land eine vernünftige Politik der Mitte und vor allem eine Politik für die Menschen geben!

